

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

Lundi après-midi, 10 septembre 2018

Direction de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques

**47 2017.RRGR.648 Motion 240-2017 Seiler (Trubschachen, Les Verts)
Responsabiliser les gens du voyage étrangers pour favoriser leur acceptation**

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zur JGK und warten, bis sich Regierungsrätin Evi Allemann installiert hat. – Ich begrüsse JGK-Direktorin Evi Allemann. Wir kommen zum Traktandum 47, eine Motion von Michel Seiler: «Mehr Eigenverantwortung: Stärkung der Akzeptanz für ausländische Fahrende». Der Motionär hat das Wort.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). Der Vorstoss «Mehr Eigenverantwortung: Stärkung der Akzeptanz für ausländische Fahrende» kommt aus meiner innersten Überzeugung, die ich (*Unruhe. Der Vizepräsident läutet die Glocke.*) in über 50-jähriger Tätigkeit mit ganz unterschiedlichen Menschen und Gruppierungen erfahren habe und stärken konnte. Immer wieder nahm ich Menschen auf, die von staatlichen Sozialeinrichtungen aufgegeben worden waren. Es mussten radikal neue Ansätze und Perspektiven gesucht werden. Meine Forderung ist eine grundsätzliche, die auch für die Fahrenden und ihre Umgebung gilt. Wir haben es hier mit einer anspruchsvollen sozialen Herausforderung zu tun. Die Frage lautet: Soll der immer stärker überforderte Staat, seine Lösung von oben nach unten abwälzen und die Fahrenden von der Bevölkerung quasi «weggettoisieren»? – Nicht etwa aus Liebe und Empathie, sondern weil er das Problem vom Tisch haben will. Oder schaffen wir von unten genügend Gestaltungsfreiraum, damit die Fahrenden ihre Gewohnheiten und Bedürfnisse in Eigenverantwortung und selbsttragend gestalten können? – Ich bin überzeugt, dass es genügend einheimische Menschen gibt, die ihnen dabei helfen werden. Es gibt bereits genügend Beispiele dafür. Das gut gemeinte «Zwangsaufstülpen» von oben ist ausgedienter Sozialismus. Es führt langfristig, wie derzeit in Chemnitz, zum Rechtsradikalismus. Mehr Raum für individuelle Entwicklung, Kreativität, Selbstverantwortung und Selbstbestimmung für alle Menschen in der Breite, statt für immer weniger Menschen in der Höhe fördert die Vielfalt, die Menschendiversität, die vielseitigen hochqualifizierten Fähigkeiten und das Wissen. Das bringt Stabilität, weniger Gewalt und weniger extremen Radikalismus links und rechts. Dafür schafft es mehr Wohlbefinden und Lebensqualität. Wer immer mehr Staat will, reduziert den Gestaltungsfreiraum des Individuums und schafft mehr Staatsgewalt. Das sagte Mahatma Gandhi. Genau das will ich nicht.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Als Erstes hat Grossrätin Schneider für die Fraktion SVP das Wort.

Sandra Schneider, Biel/Bienne (SVP). So wenig Staat wie möglich, so viel Staat wie nötig: Das könnte gut zum Vorstoss von Michel Seiler passen. Ich war erfreut zu sehen, dass verlangt wird, der Kanton solle sich aus dem sehr umstrittenen Transitplatz-Dossier zurückziehen. Die Erklärung im Vorstosstext ist schlüssig und gibt Anlass zu Hoffnung. «Der Regierungsrat wird beauftragt sicherzustellen, dass Transitplätze für ausländische Fahrende nicht vom Kanton Bern erstellt und finanziert werden.» Da kann die Fraktion der SVP gut dahinterstehen. Sie unterstützt die Motion deshalb grossmehrheitlich.

Ich möchte es aber nicht unterlassen, in Erinnerung zu rufen, was wir im Seeland mit ausländischen Fahrenden beziehungsweise mit dem Kanton Bern in dieser Sache alles schon erlebt haben. Vor etwa zwei Jahren hatte der Kanton Bern das schöne Meisberg auserkoren, um einen fixen Transitplatz für ausländische Fahrende einzurichten. Die Gemeinde wurde überrumpelt, und die Einwohner wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Leute mussten sich lautstark dagegen

wehren. Sie haben deshalb auch gewonnen. Doch das Dossier ist immer noch nicht erledigt, denn der Kanton Bern plant nun dasselbe in Wileroltigen. Es ist absehbar, dass sich die Geschichte wiederholen wird. Wir halten es deshalb nur für richtig, wenn sich der Kanton in dieser Thematik zurückzieht. Wir danken Ihnen für die Zustimmung zu dieser Motion.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Für die Fraktion SP-JUSO-PSA: Grossrat Stefan Berger.

Stefan Berger, Burgdorf (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion lehnt die Motion ab. Warum? – Mit 152 Ja bei 1 Enthaltung und 1 Ablehnung wurde im September 2016 ein Rückweisungsantrag der BaK zum Objektkredit für die Planung und Realisierung von Transitplätzen für die ausländischen Fahrenden überwiesen. Es herrschte Einigkeit darin, dass Handlungsbedarf betreffend Transitplätze für ausländische Fahrende besteht und dass die Schaffung eines oder mehrerer solcher Plätze grundsätzlich ein richtiger Vorschlag ist. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Aufgrund des negativen Ausgangs der Verhandlungen zwischen Kanton und Bund gemäss Punkt 2 dieser Rückweisung und aufgrund des zeitlichen Drucks sucht der Kanton momentan entlang der Autobahn-Transitachse A1 einen geeigneten Platz für ausländische Fahrende. Das tut er nicht aus Spass, sondern weil ihn der Grosse Rat gemäss Punkt 3 der Rückweisung dazu verpflichtet hat. Weiter noch: Der Regierungsrat wurde sogar dazu verpflichtet, den Platz nicht nur zu planen, sondern auch zu bauen und zu betreiben. Die Folgekosten für den Betrieb und den Unterhalt werden gleich wie bei Halteplätzen für Schweizer Fahrende grundsätzlich von den Benutzenden des Platzes zu tragen sein.

2016 haben wir den Kanton also beauftragt, in dieser Sache tätig zu werden. Und jetzt, zwei Jahre später, soll dies gestoppt und privat übertragen werden. Wie sinnvoll kann das sein, hier im Grossen Rat, frage ich mich? – Warten wir ab, was seitens des Kantons als Standort vorgeschlagen wird, und verzögern wir nicht die Schaffung eines Transitplatzes mit der Überweisung dieser Motion. Im Gegenzug erwarten wir von der Regierung jedoch rasch einen Antrag im Grossen Rat für einen definitiven Halteplatz, damit die Problematik gelöst werden kann. Wie der provisorisch Transitplatz in Brügg zeigt, funktioniert ein solcher Platz nämlich.

Zum Schluss: Wir teilen die Sicht und die Bedenken des Regierungsrats betreffend der Ungleichbehandlung und Diskriminierung ausländischer Fahrenden gegenüber schweizerischen Fahrenden, die er in der Antwort aufgezeigt hat, sowie der diesbezüglich möglichen Probleme in unseren Gemeinden. Auch aus diesem Grund lehnen wir die Motion ab.

Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen (BDP). In diesem Jahr hat sich die Situation rund um die ausländischen Fahrenden entschärft. Einige betroffene Gemeinden im Seeland haben sich freiwillig bereit erklärt, ausländischen Fahrenden befristet Plätze zur Verfügung zu stellen. Ich habe keine Kenntnis davon, ob die Fahrenden dieses Angebot genutzt haben oder nicht. Was ich aber weiss, ist, dass der Rastplatz Wileroltigen diesen Sommer nicht besucht worden ist – vielleicht auch, weil auf den dahinter liegenden Feldern anstatt Gras Mais angepflanzt war und ein Aufenthalt somit verunmöglicht war. Nach wie vor hat der Kanton aber keine generelle Lösung. Die Hausaufgaben sind noch nicht gemacht. Weder ist das Polizeigesetz (PolG) in Kraft, noch sind die Arbeiten in der JGK abgeschlossen. Das PolG kommt jetzt vors Volk, und das auch wegen des Wegweisungsartikels. Zudem ist der Wechsel in der Direktion von Regierungsrat Christoph Neuhaus zu Regierungsrätin Evi Allemann auch noch nicht allzu lange her, um bereits von Lösungen in dieser Thematik sprechen zu können. Das war übrigens auch Thema in den Medien, im Artikel «100 Tage als Regierungsrätin». Dort hat uns Evi Allemann informiert, wie sie es sieht. Aus diesem Grund sind Teile der BDP-Fraktion bereit, den Vorstoss als kreativen Lösungsvorschlag zu anerkennen. Sie unterstützen das Anliegen als Postulat. Ob sich alle Punkte des Vorstosses rechtlich umsetzen lassen? Dahinter setzen wir tatsächlich ein grosses Fragezeichen. Werden ausländische Fahrende in Bezug auf raumplanerische Grundlagen und in diesem Zusammenhang in der Baugesetzgebung auch der «Lex Koller» unterstellt? Welche Behörden sind für all die aufgezählten Forderungen zuständig, respektive wer vollzieht die Kontrolle und so weiter und so fort? – Die neue Regierungsrätin wird mit der Verwaltung und mit allen betroffenen Gemeinden nach Lösungen suchen und ausländischen Fahrenden einen definitiven Halteplatz bereitstellen müssen. Die kreativen Lösungsvorschläge der Postulanten sollten innerhalb dieses Kreises weiterbehandelt und geprüft werden. Die Motion findet in der BDP keine Mehrheit.

Christoph Grimm, Burgdorf (glp). Der Ansatz der Motionäre ist sehr interessant. Er entspricht

eigentlich dem Grundsatz der Grünliberalen: Der Staat soll nur dort eingreifen, wo es nicht anders möglich ist. Weshalb soll der Kanton eigentlich Standplätze erstellen? Das könnten doch die ausländischen Fahrenden bestens selbst tun. Zusammen mit Dritten könnten sie es gut organisieren. Aber genau bei dem «zusammen» liegt der Hase im Pfeffer. Zwischen den verschiedenen Gruppierungen besteht alles andere als Freundschaft, wahrscheinlich ist eher das Gegenteil der Fall. Sie müssen sich einmal vorstellen, wie es herauskäme, wenn die einen dieses und die anderen jenes möchten. Sie müssten die Plätze irgendwo erstellen oder kaufen – absolutes Chaos würde ausbrechen. Den Grünliberalen ist wichtig, dass der Kanton Bern dabei die Führung übernimmt. Uns ist aber auch wichtig, dass der Kanton Bern die Plätze gebaut haben wird – der Kanton Bern, nicht die Fahrenden, sodass dann auch die vollen Kosten für die Miete abgerechnet werden. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Die Grünliberalen lehnen sowohl Postulat als auch Motion ab.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Eigentlich tönt der Titel dieser Motion spannend: «Mehr Eigenverantwortung: Stärkung der Akzeptanz der ausländischen Fahrenden» Schaut man sie aber genauer an, erweist sie sich als riesige Mogelpackung. Der Grosse Rat hat sich bereits mehrmals mit der Thematik befasst, wie aus der Antwort vom Regierungsrat hervorgeht. Die Ungleichbehandlung von Schweizer und ausländischen Fahrenden kommt für uns nicht infrage. Zudem hat der Kanton Bern die Möglichkeit, für die eigenen Transitplätze eine Hausordnung zu verfassen, an die sich die Fahrenden halten müssen. Zudem müssten die Fahrenden auch Standgebühren bezahlen. Würden die Fahrenden selbst Transitplätze bauen, könnten sie auf diesen tun, was sie wollten. Sie würden eigene Regeln erstellen. Auch diesen Sommer führen wieder verschiedene Fahrende durch die Schweiz. Aus Mangel an Transitplätzen vermieteten ihnen Bauern ihr Land. Wie gut dies den Böden getan hat, sei dahingestellt. Die Schweiz hat ein Rahmenabkommen zum Schutz von Minderheiten unterschrieben. Die Fahrenden sind eine Minderheit, die eines besonderen Schutzes bedarf. Daher ist es Aufgabe des Staates, diese Transitplätze zu bauen und auch zu betreiben. Aufgrund dieser Ausführungen lehnen die Grünen die Motion ab.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Die EVP lehnt diesen Vorstoss auch ab. Es geht nicht um ein «weggettoisieren», wie der Motionär gesagt hat, sondern es geht darum, sich einer Realität zu stellen. In der Vergangenheit hat dies nicht so gut funktioniert, insofern als wahnsinnig viele Leute wahnsinnig erfreut Super-Verträge mit den Fahrenden gemacht hätten. Deshalb geht es nicht um ein «weggettoisieren», sondern es geht darum, etwas in die Bahnen zu lenken, was nicht allzu viel Unzufriedenheit und andere Dinge zurücklässt. Wir haben im Grossen Rat klare Aufträge zu Halteplätzen für die Schweizer Fahrenden und auch zu einem Halteplatz für ausländische Fahrende erteilt. Die EVP findet, dies sei das richtige Vorgehen. Werden Freiwillige Halteplätze zur Verfügung stellen, umso besser – wird es dort keine Probleme geben, noch viel besser. Aber der Weg, den wir mit der Erteilung der Aufträge eingeschlagen haben, scheint der EVP der richtige zu sein. Die Herausforderung, den Betrieb der Halteplätze kostendeckend zu gestalten, ist schon gross genug. Wir freuen uns, wenn uns dies gelingen wird.

Peter Flück, Interlaken (FDP). Als Mitglied der BaK hatte ich Gelegenheit, während eines ganzen Tages im Seeland herumzufahren und den Transitplätzen, die infrage kommen sollten, nachzugehen. Auf vielen Fotos sah ich, wie die Transitplätze gerade von den Fahrenden zurückgelassen werden. Ich habe die grössten Bedenken, dass sie in der Lage wären, einen solchen Platz selbst zu betreiben – ganz sicher nicht so, wie wir uns das vorstellen, davon bin ich felsenfest überzeugt. Gestützt auf die Begehung mit der BaK und auch gestützt auf eingegangene Anträge haben wir hier im Grossen Rat klar den Beschluss gefasst, wie wir das lösen wollen. Wir haben der Regierung Aufträge erteilt. In ihrer Antwort zeigt sie klar auf, dass sie diese zurzeit umsetzt, dass sie diese umsetzen will. Wir haben den klaren Anspruch, dass die Regierung dies möglichst schnell tut und uns entsprechende Lösungsvorschläge unterbreitet. Wir lehnen die Motion wie auch das Postulat ab.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Damit haben wir die Fraktionen gehört. Die EDU verzichtet. Gibt es Einzelsprechende? – Mitmotionäre? – Auch nicht. Dann gebe ich Regierungsrätin Allemann das Wort.

Evi Allemann, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektorin. Es wurde gesagt, die Motion sei eine Mogelpackung. Das ist sie vielleicht auch, aber vor allem ist sie eins: Sie wäre eine Kehrtwende der Politik, die der Grosse Rat im Jahr 2016 beschlossen hat. Bei diesem schwierigen Thema können wir es uns nicht leisten, Slalom zu fahren, wie ich glaube. Selbst wenn ich erst 100 Tage im Amt bin, brauche ich nicht mehr Zeit, um zu überlegen, wie man es machen oder am besten machen könnte. Denn Sie haben der Regierung einen ganz klaren Auftrag erteilt, verschiedene Punkte verabschiedet und auch gewünscht – gerade, weil Sie in dieser Frage geordnete Verhältnisse wollen –, dass der Kanton plant, aber auch baut und einen Transitplatz betreibt oder dafür sorgt, dass einer betrieben wird. Bei diesem Dossier überlege ich nicht hin und her, wie ich es auch noch tun könnte. Ich benötige auch keinen zusätzlichen Prüfauftrag – ich würde es selbstverständlich prüfen, wenn ich dies müsste. Aber jetzt geht es vor allem darum, den Grossratsauftrag aus dem Jahr 2016 relativ schnell umzusetzen. Und ich bin dran. Im Frühling 2019 möchte ich mit Ihnen zusammen gerne einen Objektkredit beraten, der die Grundlage für die Finanzierung eines Transitplatzes für ausländische Fahrende bilden wird. Mit der Planung dieses Geschäfts sind wir schon relativ weit fortgeschritten – es wird zu Ihnen kommen. Das ist der richtige Weg, wie ich denke. Ich setze das fort, was die Vorgängerregierung und der Grosse Rat in der alten Zusammensetzung beschlossen haben. Jetzt habe ich Einsicht in das Dossier und glaube, dass es richtig ist, es so zu tun. «Eigenverantwortung» ist ein grosses Wort. Bei diesem Thema ist es fehl am Platz. Was Sie gestützt auf die damals aktuelle Ausgangslage beschlossen... – Wir hatten keine geordneten Verhältnisse, und der Kanton hatte in diesem Dossier eine zu wenig starke Rolle wahrgenommen, was dazu führte, dass Sie klare Beschlüsse gefällt haben. Ich glaube, es lohnt sich, in dieser Frage keinen Slalom zu fahren, sondern an der bewährten Politik festzuhalten. Ich werde mein Bestes dafür tun, damit wir nächstes Jahr Nägel mit Köpfen machen können.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Ich gebe dem Motionär, Michel Seiler, nochmals das Wort.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). Es ist nicht im christlichen Sinn, wenn wir immer mehr Begegnungen und Kreuzungen abschaffen. Es ist nicht sozial, wenn wir Gruppierungen ins Getto verweisen, anstatt sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Es ist nicht grün, deren motorisierten Verkehr und Standplätze zusätzlich zu finanzieren und zu bevorzugen. Es ist nicht liberal, wenn der Staat Aufgaben übernimmt, wodurch die Menschen noch stärker in die Abhängigkeit gebracht werden. Danke. Ich wünsche Ihnen einen freien Entscheid.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Somit kommen wir zu diesem «freien Entscheid»: Wir kommen zur Abstimmung. Wer die Motion annehmen will, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	40
Nein	97
Enthalten	11

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben die Motion abgelehnt mit 97 Nein- gegen 40 Ja-Stimmen bei 11 Enthaltungen.

Bevor wir zum nächsten Traktandum kommen, möchte ich die Mitglieder der BiK darauf aufmerksam machen, dass sich die BiK zehn Minuten nach dem Sessionsende, wann auch immer das sein wird, im Sitzungszimmer 7 treffen wird.